

30. Jubiläum der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz

Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit

Ein neues Diskussionspapier des Berlin-Instituts zeigt, wie die globale Anti-Gender-Bewegung 30 Jahre Fortschritt im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte in Gefahr bringt – und wie ihr begegnet werden kann.

Berlin, 22. August 2024

Im Superwahljahr 2024 drohen die Präsidentschaftswahlen in den USA rund um die Welt Wellen zu schlagen. Ein Wahlerfolg der rechts-konservativen Republikanischen Partei würde insbesondere der global vernetzten Anti-Gender-Bewegung immensen Aufschwung verleihen – mit weltweiten Auswirkungen für die körperliche Selbstbestimmung und Gesundheitsversorgung von Millionen Menschen. Ein aktuelles Diskussionspapier des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung beleuchtet Fortschritte der letzten 30 Jahre und zeigt auf, wie die Anti-Gender-Bewegung bereits erreichte Erfolge in Gefahr bringt – aber auch, wie eine starke Bewegung für reproduktive Gerechtigkeit dem entgegenwirken kann.

Seit der richtungsweisenden Kairoer Weltbevölkerungskonferenz von 1994 wurden erhebliche Verbesserungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte erzielt: Zum Beispiel ist die Zahl der Geburten bei 15- bis 19-jährigen Mädchen um knapp die Hälfte gesunken und mehr als 60 Länder haben ihre Abtreibungsgesetze gelockert. Selbstbestimmung und den Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen zu verbessern, ist vor dem Hintergrund globaler Krisen – wie der Klimakrise und steigender globaler Ungleichheit – wichtiger, aber auch herausfordernder als je zuvor. Der zunehmende Einfluss rechtspopulistischer Akteur:innen gefährdet zudem bestehende und zukünftige Fortschritte: Die global vernetzte und gut finanzierte Anti-Gender-Bewegung leistet Widerstand gegen Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung sowie Lobbyarbeit – oft erfolgreich – gegen LSBTIQ*-Rechte, legale Abtreibungen und umfassende Sexualaufklärung.

„Insbesondere junge Menschen schlagen Alarm, dass ihre Rechte angegriffen werden. Und sie fordern, dass Regierungen schneller und entschiedener handeln – um Geschlechtergerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu verteidigen“, so Nele Disselkamp, Studienautorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berlin-Institut.

Der Anti-Gender-Bewegung entgegenwirken

Während sich die Anti-Gender-Bewegung bemüht, bestehende Rechte auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung einzuschränken, bekommt seit den 1990er Jahren eine internationale Bewegung für reproduktive Gerechtigkeit immer mehr Zulauf. Das Konzept wurde 1994 von Schwarzen Feminist:innen in den USA entwickelt und setzt den Zielen der Anti-Gender-Bewegung eine positive, inklusive Vision entgegen: In einer Welt mit reproduktiver Gerechtigkeit hat jeder Mensch das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, Kinder zu bekommen, keine Kinder zu bekommen, und Kinder in einem sicheren Umfeld großzuziehen.

„Reproduktive Gerechtigkeit umzusetzen bedeutet, sämtliche Barrieren zu sexuellen und reproduktiven Rechten – soziale, umweltbedingte, wirtschaftliche wie politische – abzubauen“, erklärt Kristin Neufeld, Mitautorin des Diskussionspapiers. „Die Ziele der deutschen Bundesregierung für eine feministische Entwicklungspolitik sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung und sollten unbedingt weiterverfolgt werden.“

Reproduktive Gerechtigkeit als Zukunftsperspektive

Um der Anti-Gender-Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, muss eine Perspektive für eine gerechtere Zukunft geschaffen werden. Dies ist nur möglich wenn Regierungen, internationale Institutionen und Zivilgesellschaft stärker zusammenarbeiten. Der Ansatz der reproduktiven Gerechtigkeit verlangt eine Verzahnung von verschiedensten Politikbereichen – beispielsweise Gesundheits-, Migrations- und Klimapolitik – und kann auf diese Weise Menschen in einer starken Bewegung für mehr Gerechtigkeit zusammenbringen.

„Unabhängig vom Ausgang der bevorstehenden US-Präsidentschaftswahlen müssen Geberländer ihre Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit dringend aufstocken, um eine nachhaltige entwicklungspolitische Finanzierung für sexuelle and reproduktive Gesundheit und Rechte sicherzustellen“, betont Colette Rose, Projektkoordinatorin am Berlin-Institut. „Die Anti-Gender-Bewegung wird nicht nachlassen und wir müssen uns ihr gemeinsam entgegenstellen. Die Selbstbestimmung und Rechte zukünftiger Generationen stehen auf dem Spiel.“

Das Diskussionspapier **„Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit“** steht Ihnen kostenlos als Download zur Verfügung unter:

[Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung | Studien & Analysen](#)

Für Interviewanfragen wenden Sie sich gerne an:

Nele Disselkamp, disselkamp@berlin-institut.org, +49 (0)30 31 01 73 24

Ansprechpartnerinnen:

Colette Rose, rose@berlin-institut.org, Tel. : +49 (0)30 31 01 95 91

Kristin Neufeld, neufeld@berlin-institut.org, Tel.: +49 (0)30 31 01 74 50

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Dieses Diskussionspapiere wurde durch finanzielle Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert und durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Sektorvorhaben Bevölkerungsdynamik/sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, unterstützt.